

# Ein Sieg der Feigheit

von Franz Uhle-Wettler

Bald nach Amtsübernahme als Bundespräsident wurde Theodor Heuß aktiv. Beraten von einem ehemaligen Wehrminister der Weimarer Republik, von Otto Geißler, erließ er Regelungen, die das Tragen der Kriegsauszeichnungen des Zweiten Weltkrieges wieder ermöglichten. Doch seitdem hat sich vieles gewandelt.

Vom 18. bis 20. Oktober 1996 traf sich in Dresden die Ordensgemeinschaft der Träger des Ritterkreuzes. Zugegeben: der Ministerpräsident von Sachsen hatte sich ein Grußwort abgerungen; aber es war ein Meisterwerk an Inhaltsleere und Unverbindlichkeit. Dresdens Oberbürgermeister Herbert Wagner (CDU) erklärte gleich, er wolle mit der Ordensgemeinschaft nichts zu tun haben. Nur die Soldaten hielten sich nicht fern: Grußwort des örtlich zuständigen Divisionskommandeurs sein Erscheinen am Festabend Ehrenzug der Bundeswehr und Musikkorps für die auf dem Nordfriedhof geplante Ehrung der Kriegstoten waren gesichert.

Aber bald wurde ein Antifaschistisches Aktionsbündnis, geleitet von PDS und Bündnisgrünen, aktiv. Die örtliche SPD gesellte sich hinzu. Unter der Devise "Orden fürs Morden" versprach man, "das Auftreten hochdekorierte Kriegsverbrecher zum Zwecke der Reinwaschung der faschistischen Vergangenheit" notfalls "mit eigenen Mitteln" zu verhindern.

Nun erließ die Stadt Auflagen für die Kranzniederlegung: Verbot des Ehrenzuges der Bundeswehr und Verbot einer Lautsprecheranlage; wenn deshalb nicht alle Teilnehmer die Totenehrung verstehen könnten, so werde gerade "durch diese Zurückhaltung Respekt vor dem Friedhof gewahrt". Was das Musikkorps der Bundeswehr spielen wolle, müsse die Stadt vorher genehmigen, "weil eine einseitige positive Bewertung des Soldatentums (...) mit einer Annäherung an NSGedankengut verbunden ist". Ausdrücklich wurden Äußerungen verboten, die dem Gedanken der Verständigung der Völker, der Rassen und der unterschiedlichen Religionsgemeinschaften zuwiderlaufen und eine Verherrlichung des Krieges bedeuten". Den Ritterkreuzträgern wurde erklärt, diese Auflagen seien erforderlich, "weil Grund zu der Annahme" bestünde, ohne sie würden sie "das sittliche Empfinden der Allgemeinheit" verletzen.

Geschickt stellte die Stadt Dresden der Ordensgemeinschaft und der Bundeswehr ihre Auflagen erst am 17. Oktober nachmittags zu. Zur Sicherheit fügte die Stadt hinzu, die "Beachtung der Auflagen dürfe nicht durch die verzögernde Wirkung einer Rechtsmitteleinlegung" gefährdet werden.

Aber die Ordensgemeinschaft konnte das Verwaltungsgericht noch rechtzeitig mobilisieren. Am 18. Oktober hob das Gericht die Anordnungen der Stadt auf. Die Begründung hätte anständige Menschen in der Stadtverwaltung nachdenklich machen müssen. Immerhin: der Weg schien nun frei.

Doch der Streit war längst im Verteidigungsministerium bekannt geworden. Am 18. Oktober verbot ein Staatssekretär der Truppe die Teilnahme, da "zu befürchten stand, daß die Bundeswehr (...) in die rechtlichen und politischen Auseinandersetzungen zwischen der Stadt Dresden und der Ordensgemeinschaft" hineingezogen würde. Allerdings: die "rechtlichen"

Auseinandersetzungen hatte ein Gericht entschieden und die "politischen" bestanden vornehmlich zwischen Ordensgemeinschaft und PDS-Grünen.

Die Ordensgemeinschaft verzichtete nun auf die Totenehrung. Am ehemals geplanten Termin blockierten "Demonstranten" die Zugänge zum Friedhof. Ältere Menschen, die den Friedhof aufsuchen wollten, wurden "angerempelt, bespuckt, geschlagen" (Polizeibericht). PDS und Grüne kritisierten die Polizei.

*die taz jubelte. Und die "bürgerliche" Presse? Die Welt am Sonntag berichtete, vermied aber jede eigene Stellungnahme. Wer schwieg total? Natürlich die Frankfurter Allgemeine. Die "Zeitung für Deutschland", die so gern für Rechtsordnung, Pluralismus und sogar für Zivilcourage eintritt. Sie schwieg. Angenommen, das alles hätte sich bei einem Treffen der neuen Heiligen unserer Gesellschaft, bei einem Treffen von Lesben und Schwulen (wie man im kultivierten Neudeutsch sagt) oder von Ausländern ereignet. Ob die Medien dann mehr berichtet und deutlicher bewertet hätten?*

Dabei braucht die Bewertung nur wenige Worte. Jeder handelt so, wie es ihm gegeben und angemessen ist. Das gilt auf für unsere politische Klasse. Auch der Oberbürgermeister von Dresden und der Ministerpräsident von Sachsen werden dem zustimmen. Die politische Leitung des Verteidigungsministeriums rief die Truppe zurück, als PDS und Grüne die Straße mobilisierten. Anderes war von ihr freilich auch nicht zu erwarten.

Beim Staatsbegräbnis für Adenauer hatten sechs Ritterkreuzträger der Bundeswehr Wache am Sarg zu halten. Das ist heute undenkbar. Die geistigmoralische Wende, die Helmut Kohl 1982 versprach, ist zustande gekommen. Ein Schelm, wer sie nicht schön findet.